

+++ SPERRFRIST: Mittwoch, 23. September 2026, 00.00 Uhr +++

Pressemitteilung zum Abschluss des 16. ExtremWetterKongresses und zur Eröffnung der 3. Deutsche KlimaManagementTagung

Neuer WeltRisikoBericht zeigt: Klimawandel verändert Sturmrisikogebiete deutlich

Der auf dem ExtremWetterKongress in Hamburg vorgestellte neue Weltrisikobericht weist auf die zunehmenden Risiken von schweren und schwersten Orkanen und Hurrikanen auf der Erde in Folge des Klimawandels hin.

Hamburg – Zum Abschluss des ExtremwetterKongresses stellten **Dr. Ilona Auer Frege** Geschäftsführerin von Bündnis Entwicklung Hilft und **Dr. Katrin Radtke**, vom Institut für Friedenssicherungsrecht und humanitäres Völkerrecht (IFHV) der Ruhr-Universität Bochum den neuen WeltRisikoBericht zum Themenschwerpunkt Stürme vor. Darin zeigen die Autorinnen, dass Stürme gemessen an den wirtschaftlichen Schäden die folgenschwerste Naturgefahr sind. Als Beispiel für die Zerstörungskraft nennt Radtke, wissenschaftliche Leiterin der Untersuchung, Hurrikan Melissa, der im Oktober 2025 mit 305 Kilometer pro Stunde als stärkster Sturm der Inselgeschichte auf Jamaika traf. Rund 90 Menschen starben, allein in Jamaika entstand ein Schaden von mehr als 12 Milliarden US-Dollar. Der WeltRisikoBericht zeigt, dass das Risiko extrem ungleich verteilt ist. Von 193 untersuchten Staaten sind 123 tropischen Wirbelstürmen kaum ausgesetzt, zehn Länder tragen den Großteil der weltweiten Gefährdung. **Radtke**: „An der Spitze des Sturmrisikorankings stehen die Philippinen, Mexiko und Madagaskar. Wir gehen von einer Zunahme der Risiken vor allem für Menschen in Küstenregionen und auf kleinen Inselstaaten aus“. **Frege**: „Kein Sturm muss zur Katastrophe werden. Darüber entscheidet nicht die Windstärke, sondern der Schutz, den eine Gesellschaft ihren Menschen bietet. Und dieser Schutz, ist erst dann Schutz, wenn er niemanden ausschließt. Der WeltRisikoBericht wird seit 2011 jährlich von Bündnis Entwicklung Hilft in Zusammenarbeit mit dem IFHV erstellt. **Radtke**: „Stürme werden durch den Klimawandel zwar nicht häufiger, aber eindeutig intensiver. Ihre Zugbahnen verschieben sich, so dass neue Risikogebiete entstehen. Betroffen sind dann Regionen, deren Bauweise und Notfallpläne nie für schwere Stürme ausgelegt waren.“ Für Bündnis Entwicklung Hilft kommt eine zweite Entwicklung hinzu. Während die Sturmintensität steigt, wurden die Entwicklungsbudgets der OECD-Länder 2025 um 23 Prozent gekürzt, der stärkste je verzeichnete Rückgang. **Frege**: „Vorsorge ist keine freiwillige Zusatzleistung, sondern die Grundlage jeder Hilfe. Sie braucht verlässliche Finanzierung. Wer heute bei der Vorsorge spart, bezahlt morgen den Wiederaufbau.“

Mangelnder Klimaschutz: Deutschland kostet das Zögern jährlich 11 Mrd. Euro

Die ökonomischen Folgen der Klimakrise werden immer sichtbarer. **Prof. Dr. Claudia Kemfert, Leiterin Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW in Berlin**, weist auf die volkswirtschaftlichen Schäden hin, die durch das Zögern beim Klimaschutz entstehen: „Allein der Extremsommer 2026 hat in Deutschland nach einer aktuellen Studien volkswirtschaftliche Schäden von rund 36 bis 42 Milliarden Euro verursacht. Das entspricht etwa 0,8 bis 0,9 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung. Besonders ins Gewicht fallen Produktivitäts- und Produktionsausfälle, Gesundheitsfolgen sowie Schäden durch Dürre und Niedrigwasser. Die tatsächlichen Kosten dürften noch höher liegen, weil zahlreiche ökologische und indirekte Folgeschäden bislang nicht vollständig beziffert werden können.“ Diese aktuellen Zahlen bestätigen, was die Klimakostenforschung am DIW Berlin seit Jahren zeigt: Zwischen 2000 und 2021 sind in Deutschland bereits mindestens 145 Milliarden

Euro Klimaschäden entstanden, davon rund 80 Milliarden Euro allein seit 2018. **Kemfert:** „Deutschland kostet das Zögern beim Klimaschutz somit jedes Jahr rund 11 Milliarden Euro.“ Für den Zeitraum bis 2050 liegen die aktuellen Schätzungen des DIW Berlin je nach Klimaszenario bei kumulierten Schäden von rund 280 bis 900 Milliarden Euro für Deutschland. Kemfert: „Das bedeutet, dass die volkswirtschaftlichen Schäden auf bis zu 36 Milliarden Euro pro Jahr steigen, wenn Klimaschutzmaßnahmen nicht ausreichend umgesetzt werden. Gleichzeitig zeigen unsere Analysen ein Nutzen-Kosten-Verhältnis von Klimaschutzmaßnahmen zwischen 1,8 und 4,8. Ökonomisch ist die Botschaft deshalb eindeutig: Nicht Klimaschutz ist teuer – teuer ist das Nichthandeln.“ **Kemfert fordert von der Bundesregierung** ein entschlosseneres Handeln vor allem im Bereich der Energiewende: „Die Blockade der Wirtschaftsministerin beim Umbau hin zu günstiger Energie aus erneuerbaren Quellen für die Industrie treibt Deutschland nicht nur zurück in die energiepolitische Abhängigkeit, es gefährdet auch den Wirtschaftsstandort durch zu hohe Energiekosten. Neue Gaskraftwerke schaffen fossile Lock-ins, ein energiepolitischer Kurzschluss, der Batterien, Speicher und smarte Netze ausbremst.“ **Harriet von Kugelgen**, geschäftsführende Gesellschafterin bei DAURI Berlin, hat vor diesem Hintergrund eine klare Botschaft für Unternehmen in Deutschland: „Wer Klimaschutz nur als Kostenstelle sieht, zahlt einen gewaltigen Zins auf Zögern. Wir zeigen Unternehmen täglich, welche Klimaschutzmaßnahmen viel Geld sparen und so gleichzeitig einen Beitrag zur Senkung der Emissionen leisten und den Unternehmen mehr Liquidität zur Verfügung stellen. Für die meisten Klimaschutzmaßnahmen gibt es inzwischen Lösungen, deren Wirkung mehr Geld spart, als die Investition kostet.“

“Faschistische Parteien ziehen Wissenschaft in Zweifel und leugnen Klimawandel“

Vor dem Hintergrund des Hitzesommers in diesem Jahr weist Klimaaktivistin **Luisa Neubauer** auf den besorgniserregenden Gesamtzustand unserer Gesellschaft hin. Neubauer: „Keine unserer vielen Krisen werden wir nachhaltig und gerecht bewältigen, wenn unser freiheitliches Miteinander keines mehr ist. Daher müssen wir dagegenhalten, wenn eine Allianz aus fossiler Industrie und faschistischen Parteien in vielen Ländern dieser Welt daran arbeitet, die Gesellschaft zu spalten, die Wissenschaft in Zweifel zu ziehen und die menschengemachte Klimakrise zu leugnen. Menschen können nur sicher leben, wenn sie vor Rechtsextremen und Extremwettern wie Hitzewellen, Stürmen und Überflutungen geschützt sind. Jede einzelne Demokratin und jeder einzelne Demokrat ist jetzt gefragt.“

Klimaleugner in Talkshows sind ein PR-Erfolg der Ölindustrie

Anika Heck stellt den neu überarbeiteten Medienleitfaden Klima vor. Die psychologische Psychotherapeutin ist Mitautorin des Leitfadens, der zusammen mit dem Hans-Ertel-Zentrum für Wetterforschung des DWD und der FU Berlin erstellt wurde. Heck: „Die Themenfelder im Bereich Klima stellen Medienschaffende vor ein Dilemma: Wie lässt sich über existenzielle Bedrohungen berichten, ohne Hilflosigkeit, Abwehr oder Nachrichtenvermeidung auszulösen? Und wie berichtet man über ein Thema, bei dem die journalistische Distanz schwerer aufrecht zu erhalten ist, weil man selbst betroffen ist?“ Der Medienleitfaden bietet einen Werkzeugkasten für die tägliche redaktionelle Arbeit. Heck: „Der Leitfaden (<https://medienleitfaden-klima.de/>) verdichtet aktuelle Erkenntnisse aus Psychologie und Kommunikationsforschung in drei wesentliche Empfehlungen, die ressortübergreifend anwendbar sind. Diese beinhalten unter anderem eine konsequente Benennung der klimabezogenen Zusammenhänge, die Berücksichtigung und Benennung emotionaler Reaktionen darauf, sowie die Vermittlung konstruktiver Bewältigungsansätze.“

Teilnehmende des ExtremWetterKongresses fordern mehr Klimaschutz, Klimaanpassung und eine konsequente Energiewende

Frank Böttcher, Tagungspräsident: „Die wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Klimawandel und seinen

Folgen sind gerade auch nach diesem Sommer nie weniger eindeutig gewesen. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sehen den Planeten in einem dramatischen, weil schnellen und gefährlichen Veränderungsprozess. Die 1,5-Grad-Grenze kann als nicht mehr haltbar betrachtet werden. Die Zwei-Grad-Grenze wird ohne politisch stärkeres Handeln ebenfalls nicht zu halten sein. Gleiches gilt für eine Welt mit global drei Grad höheren Werten gegenüber der vorindustriellen Zeit. Da die Staatengemeinschaft aktuell nicht die Kraft hat, die nötigen Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen und zu verstärken, bekommt die Klimaanpassung gerade auch für Länder wie Deutschland eine entscheidende Bedeutung. Deutschland braucht noch schneller Lösungen für die Klimaanpassung in Städten, Kommunen und Gemeinden. Es geht sehr konkret um den Schutz der Bevölkerung und Wirtschaft vor den Folgen weiter zunehmender extremer Wetterereignisse. Hausbesitzer und Unternehmen haben mehr denn je die Aufgabe, ihre Standorte auf Risiken zu prüfen und Vorsorge zu betreiben. Die Teilnehmenden der Tagung sprechen sich im Abschlussdokument für mehr Klimaschutz, eine Verstärkung der Maßnahmen im Bereich Klimaanpassung und eine konsequente Umsetzung der Energiewende aus.“ Diese Abschlusserklärung der Tagung fasst die Forderungen der Teilnehmenden zusammen.

Alle Dokumente unter <https://extremwetterkongress.org/presse>

Veranstalter: <https://boettcher.science>

Kontakte:

Veranstalter: <https://boettcher.science>

presse@boettcher.science

uwe.kirsche@boettcher.science

Frank Böttcher und Uwe Kirsche

Deutscher Wetterdienst:

pressestelle@dwd.de

Annette Flemming

Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie BSH

Sina Bold

presse@bsh.de

Alfred-Wegener-Institut Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung AWI

Roland Koch

medien@awi.de

Bundesingenieurkammer

Eva Hämmerle

haemmerle@bingk.de

Sven Plöger

Britta Plöger

orga@sven-ploeger.de